

GRÜNE KREUZE ALS ANTWORT AUF „GRÜNE“ POLITIK?

Land schafft Verbindung – ein Annäherungsversuch

Einige hunderttausend „Grüne Kreuze“ sind in wenigen Monaten als Zeichen des Protestes auf Äckern und Wiesen in Deutschland erschienen. Im vergangenen Herbst und im Winter wurden AgrarpolitikerInnen, wo immer sie auftauchten, von Schlepperdemonstrationen der ‚Land schafft Verbindung‘ (LsV) erwartet. Was ist da los?

Spätestens seit Anfang der 1990er Jahre ist bekannt, dass es in bestimmten landwirtschaftlichen Betrieben und Landkreisen wegen eines überhöhten Viehbesatzes (insbesondere von Schweinen und Geflügel) über die Gülle zu Nitratbelastungen im Grund- und Oberflächenwasser kommt. Ebenfalls seit dieser Zeit ist nachgewiesen, dass auch überhöhte Gaben an Stickstoff-Mineraldünger das Grundwasser belasten. Die LandwirtschaftsministerInnen aller Parteien (d. h. der CDU, SPD, FDP und der Grünen) haben sich in den zurückliegenden 30 Jahren trotz anhaltender Proteste von Bauern und Bäuerinnen und UmweltschützerInnen vor wirksamen Eingriffen in diese Zustände gedrückt. Andererseits stimmten die jeweiligen Bundesregierungen im Ministerrat der Europäischen Union (EU) einer schärfer werdenden Umweltgesetzgebung zu. Da die nationale Agrarpolitik nicht tätig wurde – die einschlägigen Ministerien waren seit Jahren ein wichtiger Treiber der Industrialisierung der Landwirtschaft – wurde die EU nach langem Abwarten selbst aktiv. Bei Androhung hoher Strafzahlungen forderte sie eine wirksame Eindämmung der Nährstoffüberschüsse.

Spontaner Protest vom DBV eingefangen

Vor allem der direkte Eingriff der EU, und die über die Androhung von Zwangsmaßnahmen erreichte Nachgiebigkeit der Bundesagrarministerin, trieben zehntausende von Bauern und Bäuerinnen auf Schlepperdemonstrationen. LsV ist als spontane Initiative entstanden, ohne und gegen den Deutschen Bauernverband (DBV). Dieser hatte als Teil eines an einer Industrialisierung der Landwirtschaft ausgerichteten Interessengeflechts (in Zusammenarbeit mit der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, DLG) stets verhindern können, dass es zu einer wie auch immer gearteten

Agrarwende kam. Aufgrund fehlender eigener Strukturen und wegen des doch sehr ähnlichen Verständnisses von moderner Landwirtschaft ist die Bewegung inzwischen aber wieder weitgehend vom DBV eingefangen. Das zeigt sich auch daran, dass die anfangs auch von der LsV erhobene Forderung nach Verhinderung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur nicht mehr zu vernehmen ist.

Beachtung hat sich LsV mit Hinweisen auf zahlreiche Unzulänglichkeiten im Netz der Messstellen verschaffen können, mit deren Hilfe offizielle Aussagen über die Grundwasserqualität gemacht werden. Festgebissen hat sich LsV an der Forderung der Düngeverordnung (DÜV), dass auf Flächen mit drohender oder bereits erfolgter Überschreitung der Obergrenze für Nitrat im Grundwasser (die sogenannten „Roten Gebiete“) die Stickstoffmenge, die über die Gülle ausgebracht werden darf, um 20 Kilogramm je Hektar vermindert werden muss.

Das Argument des LsV lautet, dass durch diese Maßnahme die Pflanzen nicht mehr nach Bedarf gedüngt werden, sie müssten hungern. Durchaus zu bedauern ist die Forderung, als Regeln für die Düngung dürften nur wissenschaftliches Wissen herangezogen werden. Damit wird auf die eigenen Lerninhalte in der Fachausbildung verwiesen, obwohl der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium seit seinem „Tierwohl-Gutachten“ im März 2015 eine Kehrtwende versuchte.

Zwist mit Umweltverbänden

Wegen der Ablehnung der DÜV in ihrer jetzigen Form und der Forderung nach Mitsprache und Nachverhandlungen ist LsV von den Umweltverbänden scharf attackiert worden. Die Umweltverbände haben über viele Jahre so wie die systemkritischen Bauerngrup-

pen die Nitratbelastung durch einen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe kritisiert. Jetzt, da ein Erfolg nahe zu sein scheint, schlagen sie sich auf die Seite der „Staatsmacht“ und fragen nicht mehr danach, was denn die Bauern sagen, die auch schon seit vielen Jahren die Überdüngung kritisieren und längst eigene Praxisbeispiele einer dauerhaften Landwirtschaft vorleben. Deren Forderungen nach politischen Änderungen der DÜV bestehen vor allem darin, die Regelungen nicht pauschal, sondern differenziert zu gestalten: Das Verursacherprinzip muss angewendet werden. Das bedeutet vor allem:

- × Die Betriebe, die auf Grund ihres Viehbesatzes und ihrer Düngungspraxis keine Nitratbelastung verursachen, müssen von der DÜV befreit sein.
- × Die Grundwasserbelastung mit Nitrat konzentriert sich auf wenige Regionen in Deutschland. Hier ist vor allem und zwingend eine Anpassung des Tierbesatzes an die im Betrieb vorhandene Fläche erforderlich.
- × Stark kritisiert wird auch die in der DÜV vorgesehene Festschreibung auf bestimmte, in der Anschaffung sehr teure und für den Boden sehr schwere Technologien (z. B. die „Schleppschlauchvertei-

lung“; hierbei geht es vor allem um die Verringerung von Ammoniakemissionen).

Schlussendlich: Es könnte sein, dass die DÜV in ihrer jetzigen Form gar nicht die erhoffte Wirkung entfalten wird, denn die vorgeschriebenen Verfahren der Düngedarfsermittlung „stehen ja nur auf dem Papier“. Ob es zwischen „Papier“ und realer Düngungspraxis eine Beziehung gibt, ist eine offene Frage. Die Alternative bestünde darin, eine Düngereordnung so aufzubauen, dass eine sparsame Düngung zum Eigeninteresse der Landwirte wird. Ein generell sparsamer Umgang mit Dünger setzt aber voraus, dass Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft geändert werden. So lange diese so gestrickt sind, dass erfolgreiche Landwirtschaft heißt, intensiv zu wirtschaften, sehr große Tierbestände und hohe Naturalerträge, wird die Tendenz zur Überdüngung dauerhaft erhalten bleiben.



Onno Poppinga

Der Autor ist Landwirt im Nebenerwerb und pensionierter Professor für Agrarpolitik der Uni Kassel.

WIR HABEN ES SATT! IM ZEHNTEN JAHR:

Es war einmal ... das Märchen vom billigen Essen und der grünen Revolution

Die Bundesregierung übernimmt im Juni 2020 die EU-Ratspräsidentschaft und steht somit besonders in der Verantwortung, die Weichen für eine zukunftsfähige Agrarpolitik in Brüssel zu stellen. Wir haben es satt! nimmt dies zum Anlass, die Forderung nach einer bäuerlich-ökologischeren Landwirtschaft erneut in die politischen Korridore zu tragen.

Julia Klöckner **fühlte** sich provoziert durch die 27.000 TeilnehmerInnen der Wir haben es satt!-Demonstration, die gemeinsam mit BäuerInnen – nunmehr zum zehnten Mal – gegen die Auswüchse der globalisierten Agrarindustrie demonstrierten. Konkret forderten die DemonstrantInnen eine Umverteilung der Agrarsubventionen der Europäischen Union (EU) zur Unterstützung von bäuerlichen Betrieben in der Agrarwende. Sie forderten mehr In-

sekten-, Tier- und Klimaschutz, weniger Pestizide auf den Äckern, sowie ein Veto gegen das EU-Mercosur-Handelsabkommen und neue Gentechnikverfahren.

Alles Bullerbü oder was?

Man könnte meinen, eine solche Demo sorge für Wind in den Segeln einer Ministerin, deren Aufgabe es sein sollte, das massive Höfesterben zu beenden, Perspektiven für ein gutes Leben auf dem Land zu

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

1/2020



VERMARKTETE MEERE

WER VERDIENT AN DER ZERSTÖRUNG DER OZEANE?

FOLLOW THE PLASTIC MONEY!

Wer profitiert von der Verschmutzung der Meere?
› Seite 2

ZERSTÖRERISCHE FISCHEREI

Warum schaffen wir es nicht, die Überfischung zu beenden?
› Seite 12

EIN TECHNOFIX FÜR DAS KLIMA?

Die Interessen hinter dem Geoengineering im Meer
› Seite 23

SEEMANN, LASS DAS TRÄUMEN!

Das Meer als Arbeitsplatz
› Seite 26

ISSN 1864-0982